

träge in die GRV zu zahlen. Die Wahrscheinlichkeit, Ansprüche über dem Garantierentenniveau zu erwerben, ist absurd niedrig. Umso größer wäre dafür der Anreiz, Geld in private Riester- oder Betriebsrenten zu stecken.

Die Garantierente wäre ein gigantisches Subventionsprogramm für die private Versicherungswirtschaft. Der Preis für ihre Einführung wäre der endgültige Abschied vom Prinzip der Lebensstandardsicherung für die Mehrheit der heutigen BeitragszahlerInnen. Wer so etwas ernsthaft fordert, muss sich fragen lassen, wessen Interessen er oder sie vertritt. Wenn auch noch auf der LINKEN Vorschläge salonfähig werden, die letztlich nur den privaten Versicherungen die Kunden in die Arme treiben, dann heißt es bald: Gute Nacht für die Gesetzliche Rente.

Die Garantierente ist ein Grundeinkommen im Alter. Ihre Einführung hieße nichts anderes, als dass für einen Teil der Bevölkerung ohne jede Prüfung des Bedarfs eine steuerfinanzierte Sozialleistung in Höhe des Existenzminimums gezahlt wird. Nach dem Gleichheitsgrundsatz müsste sich dann aber die gesamte Bevölkerung die Frage stellen, warum auf steuerfinanzierte Transfers zur Absicherung des Existenzminimums überhaupt andere Einkommen angerechnet werden. Die Garantierente ist also ein Grundeinkommen für alle durch die Hintertür. Wer so etwas will, muss es offen sagen. Wir wollen es nicht, weil wir gute Alternativen haben: Gute Arbeit zu fairen Bedingungen und gute, solidarisch finanzierte Renten, die im Alter den erreichten Lebensstandard sichern.

»Garantierente«

Mit der Planierraupe über die gesetzliche Rentenversicherung

von | Johannes Steffen



Foto: dpa

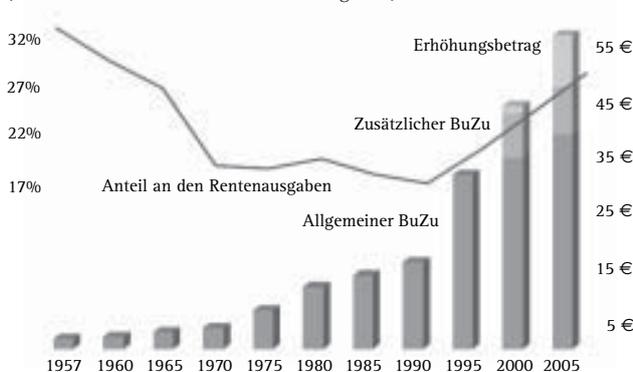
In der Debatte um ein künftig absehbar wieder steigendes Armutsrisiko im Alter als Folge der rot-grünen Senkung des Leistungsniveaus der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) und der zunehmenden Bedeutung prekärer, schlecht oder gar nicht sozial abgesicherter Beschäftigungsformen werden Stimmen nach Einführung einer so genannten Garantierente laut.

So tauchte in der Partei DIE LINKE jüngst der Vorschlag auf, allen Menschen im Alter einen monatlichen »An-

spruch auf eine armutsfeste Grundrente in Höhe von mindestens 800 Euro« zu geben (Katja Kipping in: Sozialismus 3/2008, S. 23). Leistungen der betrieblichen Altersversorgung sowie aus privater Vorsorge würden diese »Garantierente« nicht schmälern, während Zahlungen der gesetzlichen Rentenversicherung voll oder zu Teilen gegen die Grundrente aufgerechnet werden sollen. Zur Finanzierung werden »alle bestehenden Steuerfinanzierungen innerhalb der GRV und der Grundsicherung im Alter« zu einem Grund-

sockel in der Rente zusammengefasst. »Weitere Steuern könnten bei Bedarf zur Finanzierung der Grundrente herangezogen werden.« Ziel des Vorschlags sei »nicht, die gesetzliche Rentenversicherung abzuschaf-

Bundeszuschüsse zur allgemeinen RV* 1957-2005 (in Mrd. Euro bzw. in % der Rentenausgaben)



* bis 1991 alte Länder, ab 1992 Deutschland; Quelle: DRV Bund; © Arbeitnehmerkammer Bremen

⁴ Ebenda.

⁵ Marx, Das Kapital, Band 1, MEW 23, S. 557.

⁶ Ebenda, S. 184

⁷ »Dabei ist free activity, not labour die Marx-sche Vision.« (K. Kipping/R. Blaschke, »Und es geht doch um ...« – das Gespenst des Grundeinkommens, in: Sozialismus, 10/2005). Voraussetzung dazu sei das Grundeinkommen, das »die immense Ausweitung der Autonomie der Menschen, der free time und der free activity, der sich darin frei entwickelnden Fähigkeiten« befördere. Nicht zufällig polemisiert Kipping gelegentlich gegen die »Herren der Arbeitsgesellschaft«, die »Arbeitskultur-Ideologie« und die »problematische Traditionslinie arbeitszentrierter linker Politik« (Disput, April 2006).

⁸ Vgl. K. Kipping, Altersarmut vorprogrammiert in: Sozialismus 3/2008, Seite 23.

⁹ Siehe den Beitrag von Johannes Steffen in diesem Heft.

Johannes Steffen ist Referent bei der Arbeitnehmerkammer Bremen.

» Meinungsstark!

gegen den Zeitgeist der Sachzwänge, Kapitalrenditen und sozialer Ignoranz.

» Links!

im Austausch mit kritischer Wissenschaft, sozialer Bewegung und anderen Parteien.

» In der Sozialdemokratie!

weil nur mit einer linken Volkspartei Reformen für die Menschen möglich sind.

- spw liefert den kritischen Hintergrund zum politischen Alltagsgeschäft – mit Analysen und Kommentaren.
- spw ordnet aktuelle Entwicklungen ein und diskutiert Deutungsmuster.
- spw ist das sozialdemokratische Forum für sozialistische Theorie und Programmdebatte.

» Jetzt spw abonnieren und wissen, was die SPD-Linke diskutiert!

Weitere Infos und Probeheft unter:
www.spw.de
spw-verlag@spw.de

fen, sondern sie endlich auf armutsfeste Füße zu stellen».

Eine derartige »Garantierente« hätte einen hohen Preis. Bei derzeit rd. 20,1 Millionen Rentnern erforderte die Realisierung des Vorschlags alleine für diesen Personenkreis – also ohne Beamte, Selbständige oder sonstige, über berufsständige Versorgungswerke und dgl. Gesicherte – ein zusätzliches Brutto-Finanzvolumen von etwa 190 Mrd. Euro. Um den Nettoaufwand gering zu halten, drängt sich die volle Anrechnung von Leistungen der GRV geradezu auf. Sollte es sich bei der »Garantierente« zudem um eine Rentenleistung der GRV handeln, so wäre sie beitragspflichtig zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung. Um unter dieser Voraussetzung einen Zahlbetrag von 800 Euro gewährleisten zu können, stiege der Finanzbedarf auf rd. 230 Mrd. Euro. Diese Summe entspräche gegenwärtig dem Beitragsaufkommen bei einem Beitragsatz von 26% zur Rentenversicherung.

Zur Finanzierung der Grundrente sollen u.a. alle Steuerfinanzierungen innerhalb der GRV herangezogen werden; für die beitragsbezogenen Renten stünden diese Mittel damit nicht mehr zur Verfügung.

Alleine die Bundeszuschüsse zur allgemeinen Rentenversicherung decken mit rd. 55 Mrd. Euro etwa 27,5% der Rentenausgaben; zusammen mit den steuerfinanzierten Beiträgen für Hartz IV-Empfänger, für Zeiten der Kindererziehung und dgl. werden heute rd. 36% der Rentenausgaben (ohne KnRV) über

Steuern gedeckt. Da DIE LINKE diese Zeiten vermutlich nicht streichen will, wären auch sie aus dem verbleibenden Beitragsaufkommen zu finanzieren; wer aber der Rentenversicherung sämtliche steuerfinanzierten Mittel entzieht, muss auch alle Renten um 36% kürzen.

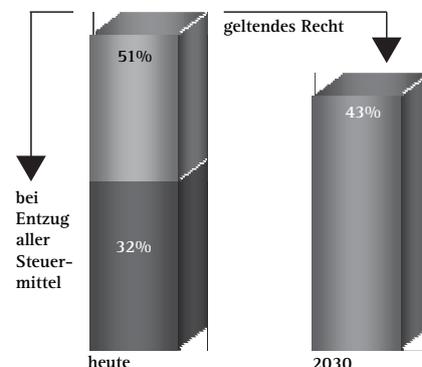
Um eine Nettorente in Höhe von 800 Euro monatlich zu erhalten, benötigt der Durchschnittsverdiener derzeit knapp 34 (West) bzw. gut 38 (Ost) Beitragsjahre. Bei einem um 36% gekürzten Rentenanspruch stiege die Zahl der erforderlichen Beitragsjahre unmittelbar um 19 bzw. 22 Jahre auf dann 53 bzw. 60 Beitragsjahre. Jedes gute Argument der LINKEN gegen die »Rente mit 67« hätte sich dadurch mit einem Schlag erledigt.

Das Sicherungsniveau der sozialen Rentenversicherung wird infolge des rot-grünen Sozialabbaus von heute rd. 51% auf nur noch rd. 43% im Jahre 2030 sinken. Die Partei DIE LINKE hat diese Demontage bislang vehement kritisiert. Die Idee ihrer stellvertretenden Parteivorsitzenden für eine »Garantierente« aber zöge der solidarischen Rentenversicherung endgültig den Boden unter den Füßen weg: Das Rentenniveau fiele unmittelbar auf rd. 32% und damit weit unter die Armutsgrenze. Und anders als etwa die private »Riester-Rente« soll die so rasierte Sozialrente auch noch den Grundrentenanspruch voll oder zumindest teilweise mindern. Entgegen allen anders lautenden Beteuerungen: Die Realisierung dieses Vorschlages bedeutete das endgültige »Aus« für die solidarische Rentenversicherung weit vor 2030.

Dabei ließe sich mit einem Bruchteil des für die »Garantierente« nötigen Finanzvolumens problemlos eine strukturell armutsfeste und Lebensstandard sichernde solidarische Erwerbstätigenversicherung aufbauen. Anstatt nun aber der drohenden Altersarmut einer steigenden Zahl Prekarisierter zielgenau zu begegnen, würden das Solidarsystem abgerissen, (fast) alle Renten unter Armutsniveau gedrückt – um sie anschließend wieder auf 800 Euro aufzustocken – und die Privatvorsorge wird wegen ihrer Privilegierung beim »Garantierenten«-Anspruch nun auch von vermeintlich linker Seite politisch protegert.

Das Rentenniveau der allgemeinen Rentenversicherung

(Sicherungsniveau vor Steuern – heute und im Jahr 2030)



© Arbeitnehmerkammer Bremen